

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Mittl. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 272.

59. Jahrgang.
Sonnabend, den 23. November

1912.

Ende dieses Jahres scheiden infolge Ablaufs der Wahlzeit aus dem Gemeinderate aus die Herren:

1. Ortsrichter Karl Glöckner
 2. Handelsmann Emil Dörfel
 3. Volksschaffner Ernst Gehrisch
 4. Oberbriefträger a. D. Albert Gerber
- Klasse 1 der Ansfässigen.
Klasse 2 der Ansfässigen.

Nach § 15 des Ortsstatuts vom 1. September 1906 hat, um die in § 5 desselben Statuts vorgeschriebene Zusammenfassung zu ermöglichen, die Neuwahl zweier **Ausfühersonen** aus der Klasse der Ansfässigen, die jährlich über 2 M. 50 Pf. Staatsgrundsteuer bezahlen, einer **Ausfühersonen** aus der Klasse der Ansfässigen, die jährlich bis mit 2 M. 50 Pf. Staatsgrundsteuer entrichten, einer **Ausfühersonen** aus der Klasse der Unanfsässigen stattfinden.

Die Wahl findet

Freitag, den 27. Dezember 1912, vorm. 10 bis 1 Uhr nachm. im Gasthof „zum grünen Baum“ hier

statt. Die zu Wählenden sind auf dem im Termin abzugebenden Stimmzettel genau zu bezeichnen, daß über deren Personen kein Zweifel übrig bleibt.

Die Wahllisten liegen vom 25. dieses Monats ab 14 Tage zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeindeamte aus, Wochentags zu den gewöhnlichen Dienststunden, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Einsprüche gegen deren Richtigkeit sind bis einschließlich 8. Dezember 1912 bei dem **Gemeindevorstande** zu erheben.

Carlsfeld, am 22. November 1912.

Der Gemeinderat.
Liebing, Gemeindevorstand.

Verfrühte Friedenshoffnungen.

Schien nach den Berichten der letzten Tage der Friedensengel seines segensreichen Tuns wieder walten zu können, doch heute Mars erneut waffenklingend auf. Des Balkanbundes Forderungen müssen dem kranken Mann am goldenen Horn denn doch gar zu salzig gewesen sein, daß er sie gleich nach Empfang derselben rundweg ablehnte und, wie wir schon durch Aushang bekannt gaben, sofort wieder die Aufnahme der Feindseligkeiten anordnete. Die Depeschen lauten:

Konstantinopel, 21. November. Der russische Botschafter von Siers hat gestern abend dem Minister des Aeußeren, Korabundghian, die Friedensbedingungen der vier verbündeten Balkanstaaten mitgeteilt. Die Bedingungen werden noch geheimgehalten.

Konstantinopel, 21. November. Die Pforte hat die **bulgarischen Vorschläge nicht angenommen**. Nazim Pascha erhielt Anweisung, den Kampf fortzusetzen.

Die Türken scheinen demnach sicher zu sein, daß die Tschataldschabefestigungen von den Bulgaren kaum genommen werden können, und daß sie deshalb Konstantinopel zu halten imstande sind. Auch von anderer Seite kommen günstige Äußerungen über den guten Zustand der Befestigungen:

Paris, 21. November. Der Korrespondent des „Temps“ in Konstantinopel meldet: Ich kehre eben von der Tschataldscha-Linie nach Konstantinopel zurück und kann sagen, daß die türkischen Befestigungen außerst stark und sorgfältig ausgeführt sind. Die türkische Artillerie hat sehr günstige Positionen inne und die Stärke der osmanischen Truppen dürfte sich auf etwa 100 000 Mann belaufen. Der gefährlichste Feind zur Zeit ist die Cholera, die in beträchtlichem Maße fortschreitet und täglich 1500 bis 2000 Opfer fordert.

Inwiefern die Türkei sich überhaupt nach den für die Bulgaren erfolglosen Tagen von Tschataldscha als Herr der Situation fühlt, geht auch aus nachstehender Meldung hervor:

Konstantinopel, 21. November. Die Pforte richtete eine Note an den Dogen des diplomatischen Korps, worin unter Hinweis auf die musterhafte Haltung der Bevölkerung und der von ihr getroffenen Sicherheitsmaßregeln das Ersuchen um Wiedereinschiffung der gelandeten fremden Truppen gestellt wird. Die Botschafter hielten dieserhalb gestern abend eine Konferenz ab, in der sie nach kurzer Beratung beschlossen, dem Ersuchen der Pforte nicht stattzugeben, sondern die Truppen in der Stadt zu lassen.

Gegenüber der verschärften Lage auf dem Balkan selbst, hat sich der internationale Himmel etwas geläutert. Wie wir gestern schon unter neuesten Nachrichten aus Wien melden konnten, ist der österreichisch-serbische Konflikt so gut wie beigelegt. Heute geht uns eine Nachricht zu, nach der der Konsul Prochaska von sich selber hat etwas hören lassen:

Wien, 21. November. Die „Neue Freie Presse“ erhielt aus Prag ein vom 17. November nachmittags datiertes Telegramm des Konsuls Prochaska, in dem dieser mitteilt, daß er sich wohl befindet und nun nach Ustjeb abreise.

Auch die Absendung eines österreichischen Ultimats an Serbien wird jetzt in Abrede gestellt, was eine weitere Entspannung bedeutet:

Belgrad, 21. November. Wie dem Korrespondenten der Frankf. Ztg. mitgeteilt wird, entbehren alle im Auslande verbreiteten Nachrichten über ein bereits

erfolgtes oder unmittelbar bevorstehendes österreichisch-ungarisches Ultimatum an Serbien wegen der Abriahafenfrage jeder sachlichen Grundlage. Der österreichisch-ungarische Gesandte Ugron in Belgrad hatte in dieser Frage bisher überhaupt nur eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Pašičić vor zehn Tagen, auf welche die serbische Regierung noch nicht zurückgekommen ist. Der Gesandte machte in den letzten Tagen ausschließlich wegen der Konsularfragen Vorstellungen und berührte die Hafenanlegenheiten seit seiner ersten Unterredung nicht mehr.

Im übrigen seien hier noch folgende Meldungen verzeichnet:

Wien, 21. November. Hier ist man überzeugt, daß es nicht zum Kriege mit Serbien kommen wird. Ueber die Frage der Abriahafen dürfte vielmehr ein Vergleich in dem Sinne abgeschlossen werden, daß Oesterreich den Serben einen Hafen zugesteht, wogegen Serbien auf Albanien verzichtet.

Sofia, 21. November. Von Warna kommt die Nachricht, daß ein bulgarisches Torpedoboot auf der Höhe von Warna und Kawarna die alte türkische Fregatte „Mahmudieh“ zum Sinken gebracht habe.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der chinesische Minister des Auswärtigen in Berlin. Der chinesische Minister des Auswärtigen, Liangjun, ist in Berlin eingetroffen und nahm Mittwoch abend im Hotel Esplanada an einem diplomatischen Dinner teil, das der chinesische Gesandte in Berlin, Liangcheng, veranstaltet hatte. Unter den Anwesenden sah man Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt.

Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika. Am Donnerstag tagte in Köln der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der Lage Stellung zu nehmen, welche durch die päpstliche Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften geschaffen worden ist. Der Ausschuss beschloß einstimmig, zur Klärung und zum Abschluß der Angelegenheit einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress für den 26. November nach Essen a. d. Ruhr einzuberufen.

Oesterreich-Ungarn.

Ausschiebung der Taufe des österreichischen Thronfolgers. Aus Reichenau wird gemeldet, daß die Taufe des neugeborenen Prinzen infolge des noch nicht eingetroffenen Taufwassers aus dem Jordan erst Montag vormittag stattfinden wird.

Annahme des österreichischen Heeresvoranschlags. Die ungarische Delegation hat den Voranschlag des Heeres angenommen. Der Kaiser begibt sich am heutigen Freitag wieder nach Wien zurück.

Italien.

Ein italienisches Kolonialministerium. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Ministerium der Kolonien eingerichtet und der Deputierte Pietro Bertolini zum Kolonialminister ernannt wird. Dem Kolonialministerium werden Tripolis, Erythraea, Erythraea, Italienisch-Somaliland und das Protektorat von Nord-Somaliland unterstehen.

Italienischer Botschafterwechsel in Berlin. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Dem italienischen Botschafter in Berlin, Panja, ist auf sein Ansuchen der Abschied bewilligt worden. Die Regierung drückte ihm bei diesem Anlaß ihre höchste Zu-

friedenheit für seine langjährigen ehrenvollen Dienste aus. Der Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren, Bollati, ist zum Botschafter in Berlin ernannt worden. Der bevollmächtigte Gesandte de Martino ist zum Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren ernannt worden.

Frankreich.

Zusammentritt des französischen obersten Kriegsrates. In dem am Donnerstag abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Herr Poincaré über die auswärtige Lage. Im Ghesse wird Sonntag der oberste Kriegsrat zusammentreten. Man legt Wert darauf, zu erklären, daß diese Sitzung regelmäßig in technischen Fragen der Landesverteidigung gewidmet ist und daß sie in keiner Beziehung stehen mit den politischen Ereignissen.

Ein neuer Erlass des französischen Kriegsministers. Dem „Echo de Paris“ zufolge bereitet der Kriegsminister einen Erlass vor, nach welchem in Zukunft die Offiziere nur 6 aufeinanderfolgende Jahre in der Pariser Garnison bleiben dürfen.

Marokko.

Was Frankreich in Marokko braucht. Der auf der Reise nach Paris in Tanger eingetroffene Generalresident Lyautey erklärte einem Berichterstatter des „Figaro“ u. a.: Wir brauchen zwei Mittel, um Marokko festzuhalten und es zu pazifizieren und seinen Besitz gewinnbringend zu gestalten: Leute und Geld. Kann man dies unter den gegenwärtigen Umständen von Marokko selbst verlangen? Kann man in Gegenden, die noch von den jüngsten Aufständen zittern, die Eingeborenen zu neuen Feindseligkeiten anzureizen, indem man von ihnen Steuern fordert, die sie seit langem schon den Nachen nicht bezahlen? Marokko wird reichlich zurückerstatten, was wir ihm heute vorschließen. Die Lage läßt sich dahin zusammenfassen: Schonen wir unsere Bataillone! Aber man gebe mir als Ersatz dafür die Mittel, durch Wohlfahrtsanstalten, Schulen und Krankenhäuser auf die Eingeborenen politische Anziehungskraft auszuüben. Das entspricht dem Geiste Frankreichs mehr und ist im großen ganzen auch billiger. In diesem Sinne, bemerkt der Berichterstatter, wird General Lyautey in Paris sprechen.

China.

Der Streit um die Mongolei. Der Minister des Aeußeren besuchte Mittwoch nachmittag die russische Gesandtschaft und bat, daß Rußland die Grenzen der Mongolei bestimmen solle, wie sie in dem russisch-mongolischen Uebereinkommen ins Auge gefaßt worden seien. Der Minister befürwortete den Anspruch Chinas auf eine Kontrolle der auswärtigen Beziehungen der Mongolei und beanspruchte, daß den Vertretern Chinas in der Mongolei eine angemessene Wache zugestanden werde. Der Minister regte an, daß es keiner Macht gestattet werden sollte, Truppen in die Mongolei zu entsenden. Er tat der chinesischen Souveränität oder Souveränität über die Mongolei nicht ausdrücklich Erwähnung, bestand aber darauf, daß die freien Weideweiden der Mongolen nicht geschmälert werden, anscheinend als Vorkehrung gegen eine zukünftige Veräußerung öffentlicher Ländereien. Der Besuch des Ministers stellt den Beginn von Verhandlungen über eine Ueber-einkunft dar. Man hofft, daß ihr Ergebnis die gegen Rußland gerichtete Bewegung in den Provinzen beschwichtigen wird.

Japan.

Explosion auf einem japanischen Kriegsschiff. Eine schwere Kesselexplosion ereignete sich auf dem Kreuzer „Mitschin“, wobei 20 Mann der Besatzung getötet wurden. Wie verlautet, soll die Explosion durch Auflaufen des Kreuzers entstanden sein.